

«Lückenlose Aufsicht»: Stimmt das wirklich, NDB-Chef Seiler?

Ein Geheimdienstkandal wie in Deutschland wäre hierzulande unmöglich, sagt Nachrichtendienstchef Markus Seiler. Denn die politische Kontrolle funktioniere viel besser. Nur: In Wahrheit fehlen dem Aufsichtsorgan Zeit und personelle Ressourcen.

von Dennis Bühler

Es war eine eigentliche Charmeoffensive: Immer wieder betonten Verteidigungsminister Ueli Maurer und Nachrichtendienstchef Markus Seiler beim Mediengespräch am Montag dieser Woche, einem zwar feinen, vor allem aber kleinen Dienst vorzustehen. Einer Abteilung mit nicht einmal 300 Mitarbeitern, die «zwar vertraulich, nicht aber im Dunkeln» arbeitet, wie Maurer sagte. Denn: «Höhere Transparenz als bei unserem Nachrichtendienst gibt es in keinem anderen Land.»

Auch Seiler gab sich alle Mühe, Stimmen zu beschwichtigen, die spätestens mit dem vom Nationalrat bereits beschlossenen neuen Nachrichtendienstgesetz einen schrankenlos operierenden Geheimdienst befürchten. «Wir haben eine lückenlose Aufsicht durch eine unabhängige Verwaltungskontrolle, aufgeteilt auf mehrere voneinander unabhängige Aufsichtsorgane», sagte er. Diese dürften bereits heute, was nun in Deutschland diskutiert werde: Jederzeit unangemeldet vorbeikommen und dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB) auf die Finger schauen. Nur schon deshalb sei ein Geheimdienstkandal wie beim nördlichen Nachbar in der Schweiz unvorstellbar.

In Berlin musste Innenminister Thomas de Maizière diese Woche vor dem parlamentarischen Kontrollgremium aussagen. Im Raum steht der Vorwurf, der BND – das Pendant zum schweizerischen NDB – habe dem US-Geheimdienst NSA über Jahre geholfen, europäische Unternehmen, Institutionen und Politiker auszuhorchen – womög-

lich mit Wissen der Behördenspitze und der Aufsicht im Kanzleramt. Nicht ausgeschlossen ist, dass selbst Kanzlerin Angela Merkel vorgeladen werden wird. Derart gravierend sind die Vorwürfe, die Medien wie die «Süddeutsche Zeitung» und der «Spiegel» in den letzten Wochen publik gemacht hatten.

Gerade mal 170 Stellenprozent

Während Maurer und Seiler solche Verhältnisse in der Schweiz ausschliessen und sich positiv über die Qualität der NDB-Aufsicht äussern, verleihen selbst Mitglieder der parlamentarischen Geschäftsprüfungsdelegation (GPDeL) ihrer Skepsis Ausdruck. Mitglieder jenes Gremiums also, das für die politische Kontrolle des NDB zuständig ist. «Seit der Fichenaftäre haben wir verglichen mit ausländischen Parlamenten zumindest gemäss der gesetzlichen Grundlagen zwar relativ viele Einsichtsrechte», sagt der Genfer Grünen-Nationalrat Ueli Leuenberger. «Ein grosses Problem sind jedoch unsere beschränkten Mittel: Weil es an Zeit und personellen Ressourcen fehlt, müssen wir starke Prioritäten setzen und können nicht jedem Hinweis nachgehen und jeden Bereich so kontrollieren, wie

«Für eigene, detaillierte Untersuchungen fehlen uns die Ressourcen.»

Corina Eichenberger

FDP-Nationalrätin und Mitglied der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDeL)

es angebracht wäre.» Die Aargauer FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger pflichtet ihrem GPDeL-Kollegen bei: «Es stimmt: Oftmals können wir nur Dokumente überprüfen, die uns vorgelegt werden», sagt sie. «Für eigene, detaillierte Untersuchungen fehlen uns die Ressourcen.»

Im Rahmen der Revision des Nachrichtendienstgesetzes wird immerhin diskutiert, die Aufsicht auszubauen. Dies bestätigt der Nidwaldner CVP-Ständerat Paul Niederberger, Präsident der GPDeL: Er hoffe, das gegenwärtig nur 170 Stellenprozent umfassende Sekretariat seiner Behörde werde bald um wenigstens eine Stelle erhöht, sagt er. «Nicht zuletzt, weil das neue Nachrichtendienstgesetz weitergehende Ansprüche an unsere Aufsicht stellt.»

«Höchstens die Spitze des Eisbergs»

Als «völlig ungenügend» erachtet auch Martin Steiger die NDB-Aufsicht. Der Rechtsanwalt der Digitalen Gesellschaft, einem Bündnis netzpolitisch interessierter Kreise, sagt: «Eine wirksame Aufsicht funktioniert faktisch nicht.» VBS-internes Controlling könne per se nur begrenzt funktionieren, und die parlamentarische Aufsicht sei derart schwach dotiert, dass sie «höchstens die Spitze des Eisbergs» sehe. «Der NDB macht, was er will – ein fast natürliches Verhalten, wenn einem niemand auf die Finger schaut.»

Auch wenn Bundesrat Maurer bei jeder Gelegenheit betone, seine NDB-Mitarbeiter seien biedere Beamte, könne man sich hierauf nicht verlassen, findet Steiger. «Es wäre ehrlicher zuzugeben, dass wir keine wirksame NDB-Aufsicht haben, statt diesem ein Deckmäntelchen überzulegen.»



Charmeoffensive: Nachrichtendienstchef Markus Seiler betont, seine Behörde unterstehe einer lückenlosen und unabhängigen Aufsicht. Bild Peter Schneider/Keystone

Die EU sagt freundlich «Nein, Nein, Nein»

Gleich zwei Ausschüsse des EU-Parlaments haben gestern über die Beziehungen zur Schweiz beraten. Unterstützung fand die Schweiz nur bei Aussenseitern, trotz in dieser angriffigen Form noch selten gehörter Worte einer Schweizer Vertretung.

von Fabian Fellmann

Angriffig und deutlich: So ist der Schweizer Botschafter bei der Europäischen Union gestern vor dem Europäischen Parlament aufgetreten. «Man muss darauf hören, was das Volk sagt», sagte Roberto Balzaretto in Brüssel. Und das heisst: Die EU soll mit der Schweiz über die Personenfreizügigkeit verhandeln. Das haben die Schweizer Stimmbürger am 9. Februar 2014 verlangt.

Deutliche Worte von Balzaretto

Dieser Volksentscheid sei problematisch, hiess es gestern an dem Hearing des Binnenmarktausschusses des EU-Parlaments. Dort wurde über einen Berichtsentwurf über die Beziehungen zur Schweiz, Island, Liechtenstein und Norwegen diskutiert. Der Schweizer Botschafter reagierte scharf: «Eine Volksabstimmung kann nie als Problem betrachtet werden. Sie ist ein Ausdruck des Willens einer Bevölkerung.» Nun gelte es, eine pragmatische Lösung zu finden, aber die EU «gibt weiter vor, die Personenfreizügigkeit sei

ein unverhandelbares Prinzip». Dabei sei doch die starke Einwanderung von der EU in die Schweiz ein Zeichen dafür, dass in der EU nicht alles zum Besten stehe, gab Balzaretto zu verstehen. «Die Arbeitnehmer aus der EU kommen, weil es bei ihnen zu Hause keine Arbeit gibt oder weil sie in der Schweiz viel die besseren Bedingungen erhalten», sagte der Diplomat, der aus dem Tessin stammt.

Hilfe erhielt Balzaretto von der Europarechtlerin Christa Tobler. Die Schweizerin ist Professorin in Basel und an der niederländischen Universität Leiden. Sie wurde vom Ausschuss als unabhängige Expertin eingeladen. Tobler ermahnte die EU, nicht alles über einen Leisten zu scheren. Die Schweiz habe nicht vollen Zugang zum EU-Markt, und in den bilateralen Verträgen habe sie keine der vier Grundfreiheiten des Binnenmarkts voll übernommen. Mit anderen Worten: Die Personenfreizügigkeit ist aus juristischer Sicht keineswegs jene unverhandelbare Grundfreiheit, als welche die EU sie darstellt. Doch die EU beharre auf der Unteilbarkeit des Binnenmarkts. «Das

ist nicht hilfreich, die andere Seite versteht das nicht», sagte Tobler. Sie ermahnte aber auch die Schweiz: Sie habe anekdotische Hinweise dafür, dass Unternehmen Schweizer Bewerber gegenüber europäischen bevorzugen. Das widerspreche dem geltenden Personenfreizügigkeitsabkommen, sagte Tobler.

Balzaretto und Toblers Ausführungen fanden jedoch erwartungsgemäss

wenig Gehör. Vielmehr wiederholten die EU-Parlamentarier freundlich, aber mehrfach, dass an der Personenfreizügigkeit nicht zu rütteln sei. «Der Wille des Schweizer Volks muss respektiert werden, auch die wichtigen Beziehungen der EU zur Schweiz», sagte etwa die Konservative Anne Sander. «Aber ich fordere die EU gleichzeitig auf, unachgiebig zu bleiben beim Prinzip der Personenfreizügigkeit.» Sie hätten

die Verantwortung, sich für die mehr als 200 000 Grenzgänger einzusetzen, sagte Sander.

Neue Abstimmung nötig?

Die deutsche Sozialdemokratin Jutta Steinruck grub einen alten Vorwurf an die Schweiz aus: «Es kann kein Rosinenpicken geben.» Und die Parlamentarier aus Mittel- und Osteuropa brachten zum Ausdruck, dass es für die Bürger ihrer Länder wichtig ist, freien Zugang zu den Arbeitsmärkten in reichen Ländern wie Grossbritannien, Deutschland und der Schweiz zu haben.

«Ich halte es für ausgeschlossen, dass es eine Lösung mit Verhandlungen über Quoten gibt», bekräftigte gestern auch Kristin Schreiber, eine hohe Kommissionsbeamtin. «Gleichzeitig wird man sicher versuchen, eine Lösung zu finden.»

In welche Richtung eine Lösung gemäss den Vorstellungen in Brüssel gehen soll, hat unlängst der für die Schweiz zuständige Beamte des Auswärtigen Dienstes genannt: Die Schweiz werde wohl noch einmal abstimmen.

«Die Schweiz schützt sich selber, zu Recht»

Im Sozialausschuss der EU fand die Schweiz mit ihrem Anliegen, über die Personenfreizügigkeit zu verhandeln, Unterstützung – bei einem Aussenseiter. «Die Schweiz schützt sich selbst, und ich finde zu Recht», sagte der Franzose Dominique Martin,

Vertreter des EU-kritischen Front National. «Es ist schon sehr selten, dass wir es hier wagen, diese freie Meinungsäusserung des Schweizer Volkes infrage zu stellen. Die haben sich geäussert im Interesse des eigenen Landes, und meines Erachtens geht uns das

nichts an.» Das sehen jedoch die meisten Parlamentarier von links bis rechts anders. Das Hearing legt sogar nahe, dass die EU-Kommission eher vom Parlament unter Druck geraten könnte, falls sie der Schweiz grosse Zugeständnisse macht. (ffe)